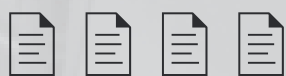


5

Prävention gegen Rechtsextremismus in der Kommune



FREISCH
MIT
STIFUNG
Für soziale Gerechtigkeit
empfehlen

Zimmermann



Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-) Demokratisierung des öffentlichen Raums

Lorenz Korgel

Kompetente Gemeinwesen in der demokratischen Ausein- setzung mit Rechtsextremismus

Will ein Gemeinwesen sich kompetent gegen Rechtsextremismus zur Wehr setzen, braucht es so einiges: ein konfliktfähiges zivilgesellschaftliches Bündnis und/ oder ein Fachnetzwerk, eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe der Verwaltungen, gemeinwesenorientierte Institutionen, ein Klima der Offenheit und des Dialogs, Sensibilität in den Verwaltungen und in der Bevölkerung für die Schwierigkeiten potenzieller Opfergruppen rechter Gewalt, Leitbilder und Aktionspläne für Demokratie und Partizipation und eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister, der dies alles öffentlich anerkennt, dabei aber auf ein dominantes Auftreten verzichtet.

Diese Liste ist nicht vollständig und doch zeigt sie eine wesentliche Veränderung im heutigen Verständnis einer angemessenen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf kommunaler Ebene. Es gibt nicht mehr nur eine Gruppe (etwa Jugendliche) oder eine Strategie (etwa „Zivilgesellschaft gegen Rechts“) oder eine verantwortliche Institution (etwa die Schule oder die Verwaltung), die an einer solchen Auseinandersetzung zu beteiligen wäre. Es ist stattdessen ein komplizierter Prozess mehrerer ineinandergreifender Strategien und Herangehensweisen, die dem gesamtgesellschaftlichen Problem Rechtsextremismus entgegen gesetzt werden müssen. Strategien der demokratischen Gemeinwesenentwicklung sind somit gefragt.

Das war nicht immer so. Sehr lange hielten sich die Debatten um die „richtige“ Strategie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bei der Frage auf, ob es nun richtig war, den „jugendfixierten Ansatz“ der 1990er-Jahre durch eine „zivilgesellschaftliche Orientierung“ ab dem Jahr 2001 zu ersetzen. Seit-her werden Kommentatoren, Wissenschaftler/innen nicht müde, die Begrenzt-heit zivilgesellschaftlicher Ansätze, also etwa die Beratung und (finanzielle) Un-terstützung für Vereine und Initiativen, zu betonen. In der Tat: Die Ursachen des Rechtsextremismus werden durch viele unterschiedliche Faktoren beeinflusst. Ein rein zivilgesellschaftlicher Ansatz würde also in Ausparung von Einfluss-faktoren wie zum Beispiel *Familie* oder *Schule* zu kurz greifen.

Zivilgesellschaft stärken – in und mit einem integrierten Konzept

Unterdessen hat in den Programmen, aber vor allem in einzelnen Projekten und Maßnahmen ein Strategiewechsel stattgefunden. Zwar gibt es noch immer Städte und Regionen, in denen rassistische Gewalt verschwiegen wird, in denen isolierte Initiativen kaum in der Lage sind, mit der Benennung von Problemen Gehör zu finden. Überall dort, wo die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aber ernsthaft betrieben wird, geht es schon längst nicht mehr um rein zivilgesellschaftliche Perspektiven. „Vernetzung“ – „Koopera-tion“ – „Synergie“ – „Kompetenztransfer“ sind stattdessen die Schlagworte für eine Praxis, in der die Grenzen zwischen staatlichen Institutionen, gesell-schaftlichen Gruppen und politischen Bewegungen im Fluss sind. Ein Großteil der Einzelmaßnahmen richtet sich an Schulen, verknüpft und öffnet diese mit den Kompetenzen des Gemeinwesens. Wieder andere Ansätze wie die der Mo-bilen Beratungsteams – zum Teil auch der Opferberatung – arbeiten mit festen Ansprechpartnern in örtlichen Verwaltungen, begleiten Facharbeitskreise von Jugendarbeitern, überlegen gemeinsam mit Polizei und Ordnungsamt, unter welchen Bedingungen sich ganze Gemeinwesen gegen rechtsextreme Gefähr-dungen wehren können.

Mit anderen Worten: Einen singulären „zivilgesellschaftlichen Ansatz“ gibt es nicht mehr. Eine Strategie gegen Rechtsextremismus ist nur noch als inte-griertes Konzept denkbar, in das Elemente der Sozialarbeit genauso einflie-ßen wie Aspekte der Vernetzung und der Moderation von demokratischen Diskursen. Es geht um die Entwicklung demokratischer Gemeinwesen ins-gesamt. Das „Projekt Zivilgesellschaft“, so begrenzt seine Möglichkeiten auch immer waren, ist heute „nur“ ein, wenn auch sehr wichtiger Teil die-ser Gesamtstrategie.

Dass eine solche Perspektive und Herangehensweise Sinn macht, erklärt sich unter anderem aus den Strategien des Rechtsextremismus selbst. Rechtsextremisten verfolgen ein „Konzept der Angst“. Ihr oftmals martialisches Auftreten, ihre Selbstinszenierung als Kämpfer, ihre Gewalt und Dominanz im öffentlichen Raum sind dabei nur der eine Aspekt. Vor allem inhaltlich setzt der deutsche Rechtsextremismus auf die Angst der Bevölkerung: der Angst vor sozialem Abstieg, der Angst, zu den „Globalisierungsverlierern“ zu gehören, der Angst vor Kriminalität etc.

Dieses Konzept der Angst schlägt sich in dem Bestreben nieder, öffentlichen Raum einzunehmen und andererseits im lokalen Alltag des Vereinslebens, an den Stammtischen, bei den Gesprächen am Obststand und bei lokalpolitischen Diskursen mit ihrem rechtsextremen Politikangebot Teil der Normalität im Gemeinwesen zu werden. Gegen das Streben nach „Raumgewinn“ setzen demokratische Gemeinwesen Konzepte der (Re-) Demokratisierung des öffentlichen Raums. Gegen das rechtsextreme Streben nach Normalisierung und Akzeptanz setzen sie die Demokratisierung der politischen Kultur.

Eine solche auf das Gemeinwesen bezogene Strategie und Praxis fängt nicht bei Null an. Seit Jahren gibt es erprobte und dokumentierte Praxismodelle, zum Beispiel in Form von lokalen Aktionsplänen, Gemeinwesenprojekten, Partizipationsverfahren, deren Übertragbarkeit möglich ist, sofern man sie nicht als Masterplan missversteht, sondern als Schritte auf dem Weg hin zu einem demokratischen Gemeinwesen begreift. Jedes Gemeinwesen muss seinen eigenen Weg und seine eigenen Möglichkeiten zur Entwicklung einer demokratischen Kultur erforschen. Aus einer Vogelperspektive lassen sich aber bestimmte förderliche Faktoren für eine solche Vorgehensweise herausstellen.

Zehn Faktoren zur Stärkung demokratischer Zivilgesellschaften im Gemeinwesen

1. Die Zivilgesellschaft stärken – ihre „Umwelten“ einbeziehen

Ein Nachteil der zurückliegenden Phase der Bundesprogramme zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus mit ihrer zivilgesellschaftlichen Ausrichtung war und ist sicherlich ihre einseitige Konzentration auf das vermeintlich „Zivile“. Wie oben bereits erwähnt, handelt es sich dabei um einen verkürzten Blick auf Zivilgesellschaft einerseits, die nur in ihren Schnittmengen mit Staat und Wirtschaft wirklich real zu beschreiben ist, und andererseits auch um eine verengte Problemverortung. Schließlich sind es staatliche Institutionen,

die einerseits durch strukturellen Rassismus und andererseits durch eine die Demokratie lähmende Praxis (z. B. in manchen Schulen und Verwaltungen) ihren Beitrag zum Gesamtproblem antidemokratischer Einstellungen und daraus resultierenden Möglichkeiten zum Raumgewinn durch die extreme Rechte beisteuern. Wenn Zivilgesellschaft gestärkt werden soll, müssen ihre „Umwelten“ einbezogen werden (Staat, Wirtschaft). Insofern ergibt sich aus der Aufgabe zur Stärkung der Zivilgesellschaft zunächst die Aufgabe eines Gesamtgestaltungsprozesses, an dem in erster Linie staatliche Einrichtungen, kommunale Politik und Verwaltung und lokale Wirtschaft beteiligt sein müssen. Dieser Gestaltungsprozess kann demokratiefördernde Wirkung entfalten, wenn er unter folgenden Bedingungen umgesetzt wird (vgl. Roth 2008):

- *Öffentlichkeit und Transparenz, so dass zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus Kommunikation entstehen kann;*
- *eine Konfliktkultur, die über Techniken verfügt, Meinungsverschiedenheiten zu verarbeiten;*
- *Offenheit und Durchlässigkeit, so dass Mängel durch externe Hilfe bearbeitet werden können;*
- *Beteiligung und Anerkennung, um Selbstwirkungserfahrungen zu ermöglichen und politisches Engagement „lohnend“ zu machen;*
- *Bürger- und Menschenrechte als Maßstab für die konzeptionelle Ausrichtung und die Formulierung von Projektzielen sowie*
- *ein Höchstmaß an möglicher sozialer Gleichheit.*

Der Begriff Zivilgesellschaft hat seine Ambivalenzen. Viele Wissenschaftler/innen haben diese erläutert. Vgl. zum Beispiel den Artikel von Roland Roth 2004.

Wirksame kommunale Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft können sich nicht nur auf eine Strategie oder eine Zielgruppe konzentrieren. Sobald vielfältige Akteure beteiligt werden, wird es kompliziert. Ohne Plan, ohne Konzept droht der berühmte „Aktionismus“, das „bunte Nebeneinander“ oder etwas positiver formuliert, das „pragmatische Improvisieren“.

2. Das Denken in integrierten Konzepten

Die Zeit des „Herumdoktern“ am Problem Rechtsextremismus scheint noch nicht allerorten vorbei zu sein. Zu oft werden vereinzelte Projekte in die Landschaft gesetzt und bewilligt, ohne dass deutlich wäre, welcher strategischen Zielrichtung die Projekte zuzuordnen sind, mit welchen Maßnahmen sie sich ergänzen können und welche Perspektiven für das Projekt bestehen.

Wer dagegen auf eine langfristige Wirkung setzt, der hat einen Plan. Es gibt wie immer keine Patentrezepte, aber inzwischen erprobte Erfahrungen, z. B. in Form von „Lokalen Aktionsplänen“ (LAP). Am Anfang eines LAP steht ein Klärungs- und Beteiligungsprozess und am Ende ein Stück Papier, auf dem folgendes kurz und knapp festgehalten werden sollte (vgl. auch Siebert):

- *Die Problemlage im Gemeinwesen;*
- *demokratische Grundsätze und Positionierung des Gemeinwesens;*
- *positive Ressourcen des Gemeinwesens, inklusive einer Aufzählung bereits erfolgreicher Projekte und Alltagspraktiken;*
- *eine Aufzählung der zu verändernden Problemfaktoren;*
- *eine Liste von Grundsatz- und konkreten Zielen, die den Problemfaktoren zugeordnet sind;*
- *ein Katalog von konkreten Maßnahmen, inklusive Zeitplan und*
- *eine Liste von Qualitätskriterien, an der sich eine eventuelle Mittelvergabe orientieren kann.*

Für den Entwurf des Maßnahmenkatalogs ist es wichtig, nicht nur Projekte in der etablierten Zivilgesellschaft anzuregen. Die Perspektive marginalisierter Gruppen, insbesondere potenzieller Opfergruppen rechtsmotivierter Gewalt, muss in der Regel bewusst und planvoll, etwa durch die Einschaltung von Opferberatungsstellen, einbezogen werden. Ebenso ist es ein wertvolles Signal, wenn sich einige der Maßnahmen auf die Veränderung von Verwaltung und sonstiger öffentlicher Institutionen beziehen. Beispiele für solcherlei Maßnahmen sind „Leitbilder für Demokratie“, „Diversity-Leitbilder“ für Verwaltungen, Schulen, Krankenhäuser oder für ganze Kommunen bzw. entsprechende Betriebsvereinbarungen in städtischen wie privaten Betrieben.

Mit dem „Zehn-Punkte-Aktionsplan“ der „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ und der „Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ liegen international anerkannte Grundlagen für eine solche menschenrechtsorientierte Leitbildentwicklung kommunaler Gebietskörperschaften vor (vgl. auch Reinfrank).

3. Bürgerbeteiligung ernst nehmen

Für Beteiligung und Partizipation auf lokaler Ebene interessieren sich Rechtsextremisten schon längst. Seien es Einsätze zur Wiederherstellung von Wegen und Plätzen, die Beteiligung an lokalen Diskussionsrunden oder Demonstrationen und Bürgerinitiativen gegen „Kinderschänder“ bzw. „Asylanten“, Rechtsextremisten streben nach ihrem eigenen Platz in der Kommune und in den örtlichen politischen Gestaltungsprozessen.

Ein angesichts dessen vielleicht nachvollziehbarer Reflex mancher Verwaltungsleitungen ist die Eingrenzung von Handlungsmöglichkeiten. Das trifft aber immer auch die Demokraten, wenn etwa demokratischen (Gegen-)Demonstrationen Steine in den Weg gelegt oder Marktplätze und Stadthallen für alle Parteien und ihre Wahlwerbung gesperrt werden. Kurze Erfolge gegen rechtsextremes Dominanzbestreben sind mit einer solchen Strategie möglich und in manchen Situationen als bewusste erste Intervention vielleicht auch notwendig.

Auf der Website der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin lassen sich eine Vielzahl von Materialien bestellen, die die Einhegung rechtsextremer raumgreifender Strategien ermöglichen, ohne demokratische Aktionsräume einzuengen: www.mbr-berlin.de.

Langfristig werden demokratische Gemeinwesen aber nicht darum herumkommen, „eine Partizipationskultur unter demokratischen Vorzeichen zu befördern“ (Hülsemann: 28). Eine entsprechende Praxis kann sich nicht auf „Meinungsumfragen“ oder Politik-Spiele mit Jugendlichen begrenzen. Stattdessen bedarf es einer grundlegenden Öffnung des Gemeinwesens gegenüber Beteiligungsverfahren, die reale Teilhabe und wirklichen Entscheidungsspielraum für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Eine Verwaltung kann eine solche Partizipationskultur mit bestimmten strukturell-organisatorischen Maßnahmen unterstützen:



- *eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe der Verwaltung wird mit Kompetenzen zur Öffnung der Institutionen für Bürgerbeteiligung ausgestattet;*
- *eine Netzwerkstelle für Demokratie und Partizipation organisiert den Dialog zwischen Verwaltung – Gemeinderat – lokaler Wirtschaft – Zivilgesellschaft;*
- *in der Verwaltung oder bei der Netzwerkstelle können Bürgerinnen und Bürger ohne Hürden Ideen und Beschwerden vorbringen (niedrigschwelliges Beschwerde- und Ideenmanagement);*
- *eine qualifizierte Begleitung steht für die Gestaltung kommunaler Veränderungsprozesse zur Verfügung;*
- *Mitarbeiter von Verwaltungen, Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft werden für ihr Engagement ausgezeichnet/ erhalten öffentliche Anerkennung;*
- *bis zur Selbstorganisation und der politisch-gesellschaftlichen Stärkung (Empowerment) marginalisierter Gruppen werden Fürsprecher/innen systematisch gesucht und einbezogen.*

Tipps:

- *Simpel, aber stets willkommen: Durch Schirmherrschaften des Bürgermeisters oder der Landrätin können Partizipationsprojekte enorm aufgewertet werden.*
- *Immer mehr Kommunen nutzen ihre Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in ihrer Außendarstellung. Glaubwürdig ist dies aber nur, wenn auch die Probleme nicht verschwiegen werden.*

- *Beispiele für Partizipationsprojekte sind dem Artikel von Dietmar Molthagen in diesem Band zu entnehmen.*
- *Zum Thema Bürgerbeteiligung, Partizipationsverfahren etc. gibt es im Internet eine Fülle von Informationen, Überblicke und Angebote. Alles zum Thema erfährt man beispielsweise auf www.buergergesellschaft.de.*

4. Schulen und Kitas als Lernorte für demokratische Praxis gestalten

Die staatliche Institution Schule, insbesondere wenn sie als Ganztagschule gedacht wird, ist aus einem Gemeinwesenprozess nicht weg zu denken. Im Gegenteil: Die Schule wird in Zukunft zwangsläufig das Integrationszentrum schlechthin darstellen. Dies wird sowohl für Großstädte gelten, in denen Einwanderer an Schulen gemeinsam mit ihren Kindern wichtige sie betreffende Fragen bearbeiten können, als auch ländliche Regionen, wo Standortschließungen und lange Fahrzeiten automatisch zu einer Konzentration von Leistungen, sozialen Diensten und kulturellen Angeboten führen wird. Deswegen ist die Schule auch für die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft ein wichtiger Partner. Diese Stärkung bezieht sich zum einen auf die Schülerinnen und Schüler selbst. Nur wenn die Schule für sie einen Gestaltungs- und Handlungsspielraum zum demokratischen Lernen bereithält, der ihnen die Gelegenheit bietet, zivilgesellschaftliche Praxis zu üben, besteht überhaupt die Chance, dass junge Menschen wichtige kulturelle und soziale Kompetenzen erlernen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Schülerinnen und Schüler auch über reale Entscheidungsspielräume verfügen und Demokratie nicht nur als (Plan-)Spiel nachgeahmt, sondern praktisch erfahren wird.

Eine Schule, in der Demokratie gelernt und gelebt wird, hat früher oder später ein starkes Interesse daran, die sonst separierten Lebenswelten von Schülerinnen und Schülern in den Schulalltag zu integrieren. Kooperationen mit Vereinen und Initiativen, aber vor allem mit der offenen Jugendarbeit und Elterngruppen würden in einem solchen Modell der Schule als Zentrum eines integrierten demokratischen Gemeinwesens eine besondere Rolle spielen. Ebenso sollte es zur Selbstverständlichkeit werden, Fachnetzwerke strukturell, örtlich und inhaltlich im Integrationszentrum Schule anzusiedeln.

Demokratische Praxis und Selbstbestimmung können aber bereits im Kindergarten und in der Jugendarbeit umgesetzt und erprobt werden. Wo Kin-

der zum Mittagsschlaf gezwungen oder abweichendes Verhalten regelmäßig durch stundenlanges Separieren sanktioniert wird, werden Selbstwertgefühl und Konfliktregelungskompetenz bei Kindern schon früh unterdrückt und gemindert. Wo Kinder und Jugendliche zu Sachverhalten befragt werden, die sie selbst überblicken und bewerten können, entstehen hingegen erste Erfahrungen mit den Grundregeln der Kompromissfindung und der Folgeneinschätzung. Dies beginnt etwa bei einfachen Entscheidungen, welches Spielzeug im Rahmen eines gewissen Budgets gekauft werden soll, und reicht bis hin zu aktivierenden Sozialraumbefragungen wie beispielsweise einer Befragung zur Spielplatzgestaltung oder der Ausstattung eines Jugendclubs durch Kinder bzw. Jugendliche.

Das „Anerkennungsaudit“ ist ein praktisches Verfahren zur Entwicklung einer Partizipations- und Anerkennungskultur in pädagogischen Kontexten. Hierin enthalten sind auch Beispiele für Leitziele und Kriterien (vgl. Wenzel). Zum Thema Schule als Lernzentrum im Gemeinwesen vgl. die 10 Thesen von Hartnuss/ Maykus. Zum Stichwort „Kinder- und Jugendbeteiligung“ gibt es sehr viele Überblicke im Internet, einfach die Suchmaschinen benutzen. Vgl. auch den Artikel Benedikt Sturzenhecker 2008.

5. Bündnisse als kritisches Korrektiv nutzen

Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus sind spätestens seit 1990 ein echtes zivilgesellschaftliches Erfolgsmodell. Es gibt sie in einer unüberschaubaren Vielzahl und Form. Völlig unterschiedlich ist ihre Ausrichtung, ihre politische Stoßrichtung und ihr jeweiliges Selbstverständnis. Gleichzeitig sind Bündnisse oft auch fragil, von langen Debatten und Spaltungen gebeutelt und nicht gerade durch eindeutige und sichtbare Erfolge verwöhnt. Nichtsdestotrotz: Ohne eine Bürgerinitiative, ein Aktionsbündnis oder ein Bürgernetzwerk ist eine Gemeinwesenstrategie gegen Rechtsextremismus nicht komplett. Denn vitale zivilgesellschaftliche Bündnisse haben das Potenzial, die Maßnahmen von Politik und Verwaltung kritisch zu begleiten, zügige Interventionen zu initiieren, aber auch langfristige Strategien in Kommunen durchzusetzen.

Fragt man sich, wie die Erfolgsaussichten eines Bündnisses gesteigert werden können, lohnt der Blick auf das Vorgehen erfolgreicher Organisationen: Diese entwickeln ein gemeinsames Leitbild, langfristige Leit- und kurzfristige Hand-

lungsziele, die sich wiederum in konkrete Projekte umsetzen lassen und Erfolgserlebnisse möglich machen. Erfolgreiche Bündnisse suchen sich zudem konkrete Adressaten, an den sie konkrete politische Forderungen richten, sie suchen den Kompromiss zwischen Maximal- und Teilzielen und sie beziehen funktional Akteure ein, die sie zu ihrer Umsetzung brauchen.

Kommunale Verantwortungsträger können entscheiden, ob sie solcherlei Bündnisse als kritische Impulsgeber nutzen. Nicht immer hat es sich bewährt, Bündnisse dazu zu bewegen, sich in eine maximale gesellschaftliche Breite auszudehnen. Denn Bündnisse können nur effizient arbeiten, wenn gemeinsam geteilte Interessen und Ziele im Vordergrund der Arbeit stehen. Sind die Interessen zu heterogen, entsteht die Gefahr von Reibungsverlusten. Nichtsdestotrotz ergeben sich bessere Ergebnisse, wenn entscheidende Schlüsselakteure und Multiplikator/innen in die Bündnis- oder Netzwerkstrukturen eingebunden sind. Dies kann allerdings bedeuten, dass sich Gruppen und Bündnisteile auch produktiv trennen müssen, um wieder Effizienz und politische Wirkung zu entfalten. Ebenso ist auch ein Bündnis nicht automatisch erfolgreich, wenn es sich positive Leitziele im Sinne von „Für Toleranz und Weltoffenheit“ setzt. Zu schwammige Statements können die Bündnisarbeit lähmen, verhindern Kontroversen und negieren, dass auch konstruktive Gegnerschaften Potenziale und Engagement mobilisieren können (vgl. Palloks, Steil 2008).

Auch wenn einzelne politische Forderungen unbequem sein mögen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tun gut daran, dieses Potenzial anzuerkennen und durch öffentliche Wertschätzung für weiteres Engagement zu motivieren.

Alles über erfolgreiche Bündnisgründungen steht in einem Artikel von Grit Hanneforth (vgl. Literaturliste).

6. Kompetenzen in Fachnetzwerken zusammenbringen

Die Einrichtung von Fachnetzwerken ist vielerorts bereits seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Zuweilen mangelt es aber noch an der Verbindlichkeit und Effizienz solcher Runden. Soll sich in Fachnetzwerken ein Mehrwert für die professionelle Praxis ihrer Mitglieder ergeben, ist eine Kultur der Kooperation und Offenheit besonders wichtig. In der Praxis hat es sich gezeigt, dass Netzwerkstrukturen dort erfolgreich arbeiten, wo kontroverse Themen gesucht und

Konflikte zugelassen und konstruktiv bearbeitet werden. Kommunale Verwaltungen können eine solche Konfliktkultur unterstützen, indem sie den Fachnetzwerken Mitarbeiter/innen bzw. Moderator/innen zur Verfügung stellen. Die Aufgaben, vor denen diese Personen und Netzwerke stehen, sind heute beträchtlich. Im Kern handelt es sich dabei um Anforderungen, die die Kompetenzen eines Managements für Organisationen, Prozesse und Veränderungen erfordern. Die entsprechenden „Netzwerkmanager“ sollten demnach in der Lage sein, das Netzwerk bei der Entwicklung eines Organisationsmodells zu begleiten. Außerdem kann diese Person in Konflikten vermitteln und die Setzung klarer Ziele befördern. Es liegt auf der Hand, eine solche Netzwerkorganisation in die Verantwortung eines Trägers und/ oder einer Person zu geben, der möglichst wenig Eigeninteresse zu unterstellen ist.

Alles über die Bedingungen erfolgreicher und kontinuierlicher Arbeit in Bündnissen und Fachnetzwerken ist in einem Buch von Armin Steil und Kerstin Palloks zu entnehmen (vgl. Literaturliste).

7. Die Interessen von Wirtschaftsunternehmen und -verbänden nutzen

Man muss das originäre Interesse von Wirtschaftsunternehmen an Gewinnmaximierung nicht außer Acht lassen; wenn man feststellt, dass die dafür notwendigen Voraussetzungen des „freundlichen Investitionsklimas“ und des „freien Austauschs von Ideen und Waren“ auch positiv als „Standortvorteile“ in einen Entwicklungsprozess zu einem demokratischen Gemeinwesen zu integrieren sind. Durch Betriebsvereinbarungen, Mitarbeit in Gremien, Betonung von Vielfalt als Chance oder interkulturelle Öffnung gibt es für Wirtschaftsunternehmen eine Vielzahl von Möglichkeiten, innerbetrieblich wie im Gemeinwesen ein demokratisches Klima zu unterstützen. Insbesondere der Einzelhandel ist wegen seiner öffentlich sichtbaren Rolle im Stadtbild ein wichtiges Glied in einer Strategie zur Einführung einer demokratischen Kultur.

Der Handelsverband Berlin/Brandenburg hat in einer gemeinsamen Initiative mit ver.di und dem DGB gezeigt, wie man für ein Klima der Antidiskriminierung werben kann (vgl. www.handeln-statt-wegsehen.de). Eine

Strategie „von unten“ ist der Zusammenschluss von Einzelhändlern in einem sozialräumlichen Verbund, die ihrer Initiative ein gemeinsames Label geben, Solidarisierungsaktionen starten und Zivilcourage anerkennen.

8. Integrationspolitik und eine Kultur der Antidiskriminierung mitdenken

Die praktische Bedeutung der Schlagwörter „Toleranz, Zivilcourage, Weltoffenheit“ zeigt sich konkret im Gemeinwesen und seinen öffentlichen Räumen. Und sie wird vor allem dort auf die Nagelprobe gestellt, wo Desintegrationserfahrungen bestimmende Realität sind. Gerade dort ist es entscheidend, wie mit Menschen mit Migrationshintergrund umgegangen wird: Sind sie zum Beispiel als Kollegen am Arbeitsplatz, als Geschäftsleute im Kiez, aber vor allem als Menschen und Mitbürger respektiert? Können sie den öffentlichen Raum angstfrei nutzen? Gibt es Teilhabe zum Beispiel am Vereinsleben, an Bildung, an Festlichkeiten etc.? Gibt es ein solidarisches Verhalten der politischen Spitzen in einer Stadt? Das sind Fragen, die sich ein tolerantes und demokratisches Gemeinwesen stellen lassen muss. Bürgerbündnisse, Flüchtlingsinitiativen und Migrantenselbstorganisationen sind Akteure, die diese Fragen stellen, unter Umständen auch den Finger in vorhandene Wunden legen. Ihr kritisches Potenzial kann genutzt werden, wenn auf Seiten der öffentlichen Hand eine Bereitschaft und eine Struktur zu einem Dialog auf gleicher Augenhöhe geschaffen wird.

Aber es geht auch um die Veränderung problematischer Strukturen in den staatlichen Einrichtungen. In vielen Städten interessieren sich Verwaltungen bereits für interkulturelle Öffnung, zielen auf eine Erhöhung des Anteils von Mitarbeitern/innen mit Migrationshintergrund und thematisieren Vielfalt als Gewinn. In vielen Institutionen werden Vereinbarungen und Leitbilder für Demokratie, Respekt und Vielfalt entwickelt. Der Aspekt „Antidiskriminierung“ in entsprechenden Vereinbarungen ist dabei erst der Anfang eines Weges hin zu einem integrierten Miteinander.

Maßnahmen dieser Art wurden viel zu lange nur im Kontext von Integrationspolitik betrachtet. Es wird Zeit, sie systematisch auch in Strategien zur Entwicklung einer demokratischen Kultur gegen Rechtsextremismus einzubeziehen.

Mit der Kampagne „Berlin braucht Dich“ gelingt es in Berlin, den Anteil von Auszubildenden in der Stadtverwaltung zu erhöhen, siehe: www.berlin-braucht-dich.de. Einen Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen von „Interkultureller Öffnung“ und Diversity-Strategien in öffentlichen und privaten Einrichtungen bietet die Publikation von Hubertus Schröer.

9. Konzepte der (Re-) Demokratisierung öffentlicher Räume/ Strategien gegen „Angsträume“

Ein demokratisches Gemeinwesen lebt von seiner Öffentlichkeit. Wo Gewalt und Angst starken Einfluss auf das alltägliche Leben haben und lokale Diskurse beschränken, sind zentrale Elemente einer freiheitlichen Demokratie nur schwerlich umzusetzen. Dies ist möglicherweise eine der fatalsten Wirkungen der rechtsextremen „Strategie der Angst“. Sie lähmt den freien Austausch von Ideen und Meinungen, sie ist der Feind des demokratischen Dialogs und steht friedlichen Konfliktregelungen im Wege. Besonders verheerend ist ihre Wirkung auf potenzielle Opfergruppen rechter Gewalt. Die Berichte von Opferberatungsstellen zeigen: Auch wenn möglicherweise nur einzelne rechtsextreme Übergriffe stattfinden, die gesamte Gruppe kommuniziert diese Erfahrungen und meidet schließlich kollektiv die „gefährlichen Räume“, ganz gleich, ob alltäglich eine Gefährdung vorliegt oder nicht.

Entsprechend sind rechtsextreme Wortergreifungsstrategien bei öffentlichen Veranstaltungen, rechtsextreme Demonstrationen, rechtsextreme Präsenz und Dominanz im öffentlichen Raum als potenzielle Vertreibung der demokratischen Zivilgesellschaft zu verstehen. Kommunalpolitik und -verwaltung sollte diese Bedrohung ernst nehmen und sich entsprechend strategisch vorbereiten. Eine wichtige Aufgabe bei der Einschränkung von Angsträumen ist daher die Organisation von Kommunikation mit dem Ziel der Sensibilisierung. In jedem Sozialraum gibt es Gewerbetreibende und Nachbarschaften, die sich in eine solche Debatte einbeziehen lassen. Besonders günstig ist es, wenn ein Bündnis eine „Patenschaft“ für einen Angstraum übernimmt und in der Folge die zivilen Maßnahmen darin koordiniert. Zum Beispiel lohnt es sich, wenn Taxifahrer/innen sensibilisiert werden: Ermutigt durch die Innung und die Verwaltung ist es möglich, gemeinsam mit der Polizei, Mobilien Beratungsteams und Opferberatungsanbieter/innen Notfallszenarien zu entwickeln. Oftmals gibt es eine Vielzahl von Akteuren, die sich zur „Redemokratisierung“ von Angsträumen ansprechen lassen, seien es die

Betreiber von Imbissbuden, Bäckereien, Blumengeschäften oder die Wohnungswirtschaft. Ein Anfang für Einzelhändler ist beispielsweise das Aushängen von Aufklebern/ Schildern, die Opfern rassistischer Beleidigungen und Opfern rechter Gewalt Hilfe im Ladengeschäft anbieten (wie z. B. die Aufkleber der „Aktion Noteingang“). Aber auch die Anbringung von Plakaten, die zu gegenseitigem Respekt im Gemeinwesen aufrufen („Respekt-Verpflichtungen“) entfalten eine wichtige symbolische Bedeutung im öffentlichen Raum. Darüber hinaus kann man mit Kunst- und Kulturprojekten am Ort intervenieren und andere Menschen im Rahmen von (Demokratie-)Festen einladen, den Platz wieder für alle Menschen nutzbar zu machen. Wichtig ist die kommunalpolitische Abstützung dieser Maßnahmen. Im Grunde geht es auch hier darum, Anerkennungsformen zu schaffen und Solidarität nach Angriffen und Bedrohungen im öffentlichen Raum zu platzieren. Die soziale Ächtung rechtsextremer Handlungen und menschenfeindlichen Denkens ist in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus möglicherweise das wirksamste Mittel ziviler Gesellschaften.

Mögliche Ziele einer demokratischen Wiederaneignung so genannter „Angstzonen“.

- *Menschen können sich unabhängig von ihrer Weltanschauung, ihres äußeren Erscheinungsbildes und ihrer sexuellen Orientierung frei und gleichberechtigt im öffentlichen Raum bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.*
- *Potenzielle Opfergruppen haben in Angsträumen konkrete Ansprechpartner, auf die sie im Notfall zugehen können.*
- *Das Gemeinwesen zeigt mit Projekten und Events den Anspruch auf eine Öffentlichkeit, die von allen Menschen angstfrei genutzt werden kann.*
- *In so genannten „Angstzonen“ sind wichtige Akteure im Alltag sensibilisiert: Nicht nur die Polizei, sondern auch Gewerbetreibende, Taxiunternehmen, ÖPNV, unter Umständen auch Wohnungswirtschaft, Eltern, Nachbarn.*
- *Rechtsextreme Akteure stoßen bei dem Versuch, strukturelle Stützpunkte (z. B. Läden, Veranstaltungsräume etc.) zu etablieren, auf Schwierigkeiten durch demokratische Gegenmobilisierung und Ausschöpfung der juristischen Möglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats.*

10. Qualifizierte Beratung und Begleitung organisieren

Ob es sich um die Erstellung eines Leitbildes, die Gründung eines Bündnisses, die Organisation eines Fachnetzwerks, die Durchführung von Partizipationsprojekten handelt: Fast immer sind Akteure mit unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen, Erfahrungen und Kompetenzen auf Kooperation angewiesen, um erfolgreich zu sein. Eine solche Kooperation ergibt sich nicht immer von selbst. Denn die unterschiedlichen Menschen aus staatlichen Institutionen, Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Wirtschaftsunternehmen denken in ihren eigenen Funktionslogiken und verwenden ihre eigenen Begriffe. Oftmals „verstehen“ sich diese unterschiedlichen Welten nicht auf Anhieb. Soll es ein kooperatives Miteinander geben, sind professionelle externe Vermittler/innen eine enorme Unterstützung, sofern diese Personen über Kompetenzen und Erfahrungen im Management von Projekten und Veränderungsprozessen verfügen. Hinzu muss die Kenntnis von Dialogmethoden treten und die Bereitschaft, die eigene Rolle immer wieder kritisch zu reflektieren. Eine solche fachkundige Person kann als feste Stabstelle in der Verwaltung angesiedelt oder als Netzwerker/in bei einem freien Träger fungieren. Aber auch Mobile Beratungsteams können dafür in Frage kommen. Sie können mit ihren Moderationstechniken für eine demokratische Diskussionskultur in den Netzwerken sorgen, wo die Dominanz mächtiger Organisationen oder einfach nur die Omnipräsenz der notorischen Vielsprecher – die es in jedem Bündnis gibt – gebremst wird. Ihre dialogische Herangehensweise hilft den lokalen Akteuren bei der Erschließung ihrer eigenen Ressourcen und befähigt sie, diese selbstständig einzusetzen und damit tragfähig zu machen.

Jedes Bundesland richtet so genannte „Beratungsnetzwerke“ aus. Nimmt man das Angebot ernst, dann darf man erwarten, dass in jedem Bundesland Beraterinnen und Berater zur Verfügung stehen, die Aushandlungsprozesse in Gemeinwesen, zum Beispiel mit dem Ziel integrierte kommunale Handlungsstrategien zu entwickeln, moderieren und begleiten können. Vgl.: www.kompetent-fuer-demokratie.de.